**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 147 (1981)

**Heft:** 10

**Artikel:** Grossbritannien und die nukleare Abschreckung

**Autor:** Dodd, Norman L.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-53715

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Grossbritannien und die nukleare Abschreckung

Oberst aD Norman L. Dodd

Nach dem Beschluss, vier neue, mit Trident-Fernwaffen ausgerüstete Unterseeboote zu beschaffen, wogen die Ansichten hin und her, ob Grossbritannien zur «Nuklear-Insel» werden soll oder nicht. Auch steht die Möglichkeit einer gemeinsamen anglofranzösischen Nuklear-Streitmacht zur Diskussion, um von den USA unabhängig zu sein.

#### 1 Einsamer Entscheid der Regierung

Mit dem Beschluss, im Laufe der kommenden zehn Jahre für mehr als 5000 Millionen Pfund vier neue, mit Trident-Fernwaffen ausgerüstete Unterseeboote als Ablöse der gegenwärtig eingesetzten, aber veralteten Polaris-U-Boote zu beschaffen, ging die britische Regierung ein in den letzten 25 Jahren wohl kaum je übertroffenes Rüstungsprogramm ein. Im Hinblick auf das Ausmass dieses Beschaffungsprogrammes mag es irgendwie enttäuschen, dass dieser Beschluss ohne formelle Debatte vom Parlament gutgeheissen und verabschiedet wurde. Überraschend ist diese Oppositionslosigkeit auch deshalb, da früher beschlossene, merklich weniger umfangreiche Programme rüstungstechnischer Natur, wie z.B. der als Beitrag zu den LRTNF-Verbänden der Nato (Long-Range Theatre Nucelar Forces) bestimmte Kauf von 160 bodengestützten Marschflugkörpern GLCM (Ground-Launched Cruise Missiles) in den USA mit wesentlich grösserem parlamentarischen Aufwand verbunden waren.

Jene Kreise, welche das Konzept einer unabhängigen, britischen nuklearen Abschreckungsmacht oder die Stationierung von US-Nuklearwaffen in Grossbritannien ablehnen, benötigten bis zur Mobilisierung ihrer Opposition offenbar einige Zeit. Ebenso liess die ablehnende Reaktion auch jener Kreise auf sich warten, die eine britische Zusammenarbeit mit irgendeiner anderen Atommacht grundsätzlich ablehnen.

Indessen gewannen diese Oppositionskreise anlässlich der Jahresver-

sammlung der Labour Party vom September 1980 insofern einiges an Gewicht, als damals eine Motion gutgeheissen wurde, wonach sich jede künftige Labour-Regierung zu verpflichten hätte, das Nachfolgeprogramm der Polaris-U-Boote einzustellen und das Programm einer unabhängigen, britischen nuklearen Abschreckungsmacht fallen zu lassen. Es ist wesentlich, hier festzuhalten, dass alle bisherigen Labour-Regierungen eine solche Streitmacht als Notwendigkeit akzeptierten.

Michael Foot, im November 1980 zum neuen Führer der Labour-Partei gewählt, wird nachgesagt, dass er bei einer allfälligen Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Labour sogar die US-Regierung auffordern würde, ihre auf britischem Boden stationierten Nuklearwaffen abzuziehen. Foot selbst ist als vehementer Nuklearwaffengegner und als Befürworter der Ideologien der sogenannten «Campaign Against Nuclear Armament (CND)» bekannt. CND ist eine Bewegung, die allein 1980 ihre Anhängerschaft verdoppelt hat.

Nach Ansicht eines beachtlichen Prozentsatzes der britischen Durchschnittsbevölkerung ist die Parallelführung einer konventionellen und einer nuklearen Streitmacht undenkbar. Schon aus materiellen Erwägungen heraus wird von diesen Kreisen der Ausbau beziehungsweise die weitere Beibehaltung einer «nationalen» Nuklearstreitmacht durch Grossbritannien abgelehnt. Nach einer im November 1980 durchgeführten Befragung sind es immerhin 44 Prozent der Bevölkerung, die gegen eine Beibehaltung von Nuklearwaffen durch Grossbritannien sind.

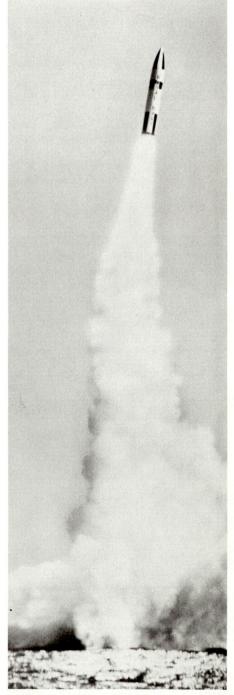


Bild 1. Ein Polaris-Flugkörper nach dem Abschuss vom U-Boot HMS Resolution (RN Foto).

# 2 Die nuklearen Mittel Grossbritanniens

Zur Zeit sind die Verbände der «nationalen» nuklearen Abschreckungsstreitkräfte Grossbritanniens mit Waffensystemen ausgerüstet, mit deren Einsatz Atomsprengköpfe bis ins sowjetische Kernland getragen werden könnten. Diesen Abschreckungsstreitkräften stehen vier mit Polaris-Flugkörpern bestückte U-Boote zur Verfügung (siehe Bild 1 und Titelbild). Jedes der Boote führt 16 mit einem Atomsprengkopf ausgerüstete Fernwaffen des Typs Polaris A3 an Bord. Die Polaris-Waffen wurden von den



Bild 2. Kampfflugzeug Buccaneer, das taktische Nuklearwaffen mitführen kann.

USA geliefert, doch die damit eingesetzten Sprengköpfe wurden in Grossbritannnien hergestellt. Von den vier U-Booten befindet sich mindestens eines stets auf Fahrt, und es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, festzuhalten, dass die im Einsatz stehenden Boote zwar den Nato-Streitkräften zugeteilt sind, dass der Einsatz dieser Boote indessen der Befehlsgewalt der britischen Regierung unterstellt ist.

Ein Programm zur Erhaltung der Kampfkraft dieser alternden Boote ist zur Zeit unter der Bezeichnung Chevaline im Gange. Dieses sieht die Schaffung verbesserter Polaris-Gefechtsköpfe vor. Nach Ansicht der britischen Regierung könnte mit der Verwirklichung des Chevaline-Programmes der gegenwärtige Kampfwert der zur Zeit verfügbaren Boote und ihrer Flugkörper bis in die frühen neunziger Jahre beibehalten werden. Dann allerdings würden die Boote den Zeitpunkt ihrer endgültigen Ausmusterung erreicht haben; die zulässige Lebensdauergrenze wäre erreicht; Boote und Flugkörper wären zu ersetzen.

Somit wurde der Bau von vier neuen Booten und deren Ausrüstung mit US-Fernwaffen des Typs Trident I beschlossen. Diese Fernwaffen weisen eine Reichweite von etwa 7000 bis 7500 Kilometer auf, und jede der Waffen kann bis zu acht individuell lenkbare Nukleargefechtsköpfe mitführen. Die mit dem Trident-Waffensystem einzusetzenden Gefechtsköpfe mit ihren Nuklearsprengladungen würden in Grossbritannien entwickelt und gebaut werden. Die mit den USA eingegangenen Vereinbarungen entsprechen etwa jenen, wie sie seinerzeit im Zusammen-

hang mit der Polaris-Beschaffung galten: Die Produktionskosten fallen zu Lasten Grossbritanniens, ebenso wie 50 Prozent der Kosten für Forschung und Entwicklung.

Der britische Beitrag zu den mit Kernwaffen und/oder Kernwaffenträgern ausgerüsteten Verbänden der Nato umfasst 56 veraltete Vulcan-Langstreckenbomber, deren endgültige Ausmusterung noch in den frühen achtziger Jahren vorgesehen ist. Daneben ist Grossbritannien mit der Bereitstellung von Kampfverbänden für den Nachbereichseinsatz am Nato-Verteidigungskonzept beteiligt; zur Ausrüstung dieser Verbände gehören A-Bomben und Tiefenbomben, die von Kampfflugzeugen der RAF sowie von den Seepatrouillenflugzeugen Nimrod der Navy, aber auch von Helikoptern aus eingesetzt werden können.

Hinzuzufügen ist, dass die von landgestützten Lenkwaffen sowie durch Rohrwaffenartillerie und fliegende Waffenträger einsetzbaren, auf britischem Territorium gelagerten Nukleargefechtsköpfe in US-Verwahrung stehen. Es erfordert einer Zustimmung durch den US-Präsidenten, ehe diese Nukleargefechtsköpfe an britische Truppenverbände abgegeben und durch diese eingesetzt werden können.

Sowohl die Langstreckenbomber Vulcan wie die für kleinere Reichweiten, aber ebenfalls für die Aufnahme von Kernwaffen konzipierten Buccaneer (Bild 2) sind zur Zeit den Erdkampfverbänden des SACEUR (Supreme Allied Commander Europe – Oberste Alliierte Befehlsstelle Europa) zugeteilt. Diese Flugzeuge stehen nun-

mehr allerdings im Begriffe, durch das in anglo-deutsch-italienischer Zusammenarbeit produzierte, für Abriegelungsaufgaben speziell zugeschnittene Kampfflugzeug Tornado abgelöst zu werden.

#### 3 Militärpolitische Überlegungen im Nuklearbereich

Der von der britischen Regierung offiziell bekanntgegebene, vorgehend erwähnte Beschluss, eine unabhängige, «nationale» Nuklearstreitmacht beibehalten zu wollen, geht auch aus dem für 1980 festgelegten Verteidigungsetat hervor. Darin wird unter anderem ausgeführt, dass an den US-Anstrengungen zur wirksamen Verteidigung der Nato-Staaten kein Zweifel gehegt würde, dass die in diesem Zusammenhang wiederholt genannte Abschreckung indessen eine «Matter of Perception» sei, also eine Frage der Überzeugung. Und ganz besonders müsse der Perception eines potentiellen Gegners Rechnung getragen werden.

Ein Entschluss, das US-Nuklearwaffenarsenal aktiv zur Verteidigung Europas einzusetzen, wäre sicher von gravierender Tragweite. Dies ganz besonders zum jetzigen Zeitpunkt der sogenannten «internationalen nuklearen Parität», also einem ungefähren Gleichgewicht auf dem Gebiet der nuklearen Interkontinentalwaffen. Denn die sowjetischen Machthaber könnten versucht sein, an der amerikanischen Entscheidungsvormacht über den Nuklearwaffeneinsatz zu zweifeln. Hier stellt nunmehr auch die beachtliche Vernichtungskapazität der von mehreren europäischen Ländern auf eigenem Gebiet stationierten Nuklearwaffen einen gewissen Sicherheitsgaranten dar. Das Nuklearwaffenpotential Frankreichs und Grossbritanniens ist, verglichen mit jenem der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zwar bescheiden. Dennoch muss die Zerstörungswirkung der Nuklearwaffen dieser beiden Länder als beachtlich bezeichnet werden. Jeder Gegner, der sich mit dem Gedanken des Angriffs gegen ein Land des zentraleuropäischen Raumes trägt, müsste diese Faktoren mit in Rechnung ziehen. Und schon diese Überlegungen zeigen, dass eine Reduktion der Nuklearwaffenkapazität der Westländer als leichtsinnig und kurzsichtig zu bezeichnen wäre. Die Regierung Grossbritanniens zumindest ist davon überzeugt, dass ihr Beitrag zum Kernwaffenpotential der Nato bedeutsam ist und von den Alliierten entsprechend gewürdigt werden sollte.

Weitere, zumeist nicht offiziell ausgesprochene Überlegungen hierzu

müssen in Rechnung gezogen werden. Eine davon betrifft die Absicht Frankreichs, seine «nationalen» strategischen und taktischen Nuklearkampfverbände beizubehalten, ja deren Kampfkraft sogar weiter auszubauen. Die von diesen Verbänden benützten Waffen sind zur Gänze Erzeugnisse der nationalen Industrie. In keiner Beziehung liegt also hier eine Abhängigkeit von amerikanischer Beihilfe vor. Obwohl Frankreich ein Nato-Mitgliedstaat ist, schaltet sich dieses Land weitgehend aus den Nato-eigenen Programmen und Beschlussverpflichtungen aus. Es besteht somit für Frankreich den Staaten des Sowjetblocks gegenüber eine ganz bestimmte Eigenständigkeit auch bezüglich der Kernwaffenstationierung.

Aus emotionellen und historischen Gründen nunmehr ist es für eine britische Regierung beliebiger politischer Färbung schwierig, den Verzicht auf eine «nationale» Nuklearwaffenstreitmacht zu verfügen, ohne dass eben Frankreich sich zu einem analogen Entschluss bereit erklären würde. Andererseits stand die Möglichkeit einer gemeinsamen, anglo-französischen Nuklearstreitmacht schon des öftern zur Diskussion. Eine solche Kampftruppe wäre wirtschaftlich und politisch sinnvoll. Beiden Staaten würden die durch technologische Neuerungen bedingten finanziellen Belastungen gleicherweise zufallen. Zudem sind sich beide Staaten durchaus bewusst, dass sie nicht bedingungslos mit der US-Abschreckungsmacht rechnen können. Schliesslich ist keiner der beiden Staaten gewillt, seine eigene Atomstreitkraft aufzugeben, ohne dass der andere ein Gleiches täte. Eine gemeinsame Nuklearstreitmacht brächte hier die vernünftige Lösung eines bislang ungelösten Problems.

# 4 Grossbritanniens militärstrategische Bedeutung

Im Falle eines Konfliktes zwischen den beiden «Supermächten» ist die geographische Lage Grossbritanniens massgebend. Denn für die konventionellen und nuklearen Streitkräfte der USA kommt Grossbritannien die wesentliche Rolle des Versorgungs- und Nachschubstützpunktes zu. Ebenso ist Grossbritannien für die Sicherung der nach Europa führenden Seewege von grosser Bedeutung.

U-Boot-Abwehreinheiten können zum Schutz sowohl der westlichen Anfahrtswege von britischen Stützpunkten aus operieren, aber ebenso zur Verteidigung der engen Seestrassen im Raume Irland-Färör-Schottland beteiligt sein. Denn in diesen nördlichen Gewässern muss sich der Grossteil der sowjetischen Über- und Unterwasserschiffe vorerst bewegen, ehe die offene See (Atlantik) erreicht werden kann.

Ein gezielt und mit Nuklearwaffen geführter Schlag gegen Grossbritannien würde das Kräftegleichgewicht empfindlich stören; resultieren würde eine grossräumige sowjetische Überlegenheit. Europa würde von den USA abgeschnitten; der Entscheidungswille zum Kampf vieler europäischer Staaten wäre in Frage gestellt. Würde unter diesen Umständen der amerikanische Präsident die unverzügliche Freigabe der US-Nuklearwaffen wohl vornehmen? Viele der sowjetischen Machthaber scheinen daran zu zweifeln. Hier jedenfalls liegt eine der latenten Kriegsgefahren, und es scheint ausser Frage, dass die Präsenz einer eigenen, «nationalen» britischen Nuklearmacht konfliktverhütenden Einfluss haben dürfte.

Grossbritannien stellt den drei Nato-Befehlsbereichen seit jeher konventionelle und nukleargerüstete strategische Verbände zur Verfügung, also den Befehlsbereichen Atlantik, Ärmelkanal und Europa. Mit diesen Verbänden unterstützt Grossbritannien die Nato-Strategie des sogenannten beweglichen Eingreifens. Es steht fest, dass diese Wehrbeiträge, namentlich was die Nuklearverbände betrifft, die britische Regierung in eine Stellung von besonderer Autorität versetzt.

Das Wegfallen auch nur eines Zweiges in dieser **Triade**, das heisst in diesem Konzept einer «Verteidigungsdreifaltigkeit», würde einer merklichen Minderung des britischen Einflusses im Nato-Bereich gleichkommen. Eine Rückführung Grossbritanniens auf den Stand der ausschliesslich konventionell bewaffneten Verbände käme einer ernsthaften Schwächung nicht nur Grossbritanniens selbst, sondern auch der Nato-Allianz gleich.

Um kurz von der Bundesrepublik zu sprechen, so bedürfte es hier eines beachtlichen Druckes der Linksparteien, um diesen Staat allenfalls in die Neutralität zu führen. Eines ebenso starken Druckes vom rechten Flügel her würde es bedürfen, um die Bundesrepublik zu lediglich bilateralen Nuklearwaffenabkommen mit den USA zu bewegen, also zu einem von den Allianzverträgen abweichenden Status. Und schliesslich dürfte die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kaum wünschen, dass Frankreich in Europa als die einzige Atommacht dastehen würde.

Wie immer die Lage bewertet wird, ein britischer Verzicht auf eigene Nuklearverbände würde die **europäische Sicherheit** mit Bestimmtheit negativ beeinflussen.

### 5 Die sowjetische Bedrohung

Befürworter der britischen nuklearen Abschreckungsmacht weisen auf das stetige Anwachsen des sowjetischen Kampfpotentials hin, dies sowohl auf dem Gebiet der konventionellen wie der nuklearen Bewaffnung. Angenommen wird, dass bezüglich der strategischen Nuklearwaffen die Parität zum US-Potential erreicht worden sei. Die in jüngster Zeit erfolgte Dislozierung von 160 ballistischen Atomflugkörpern des Typs SS-20 sowie der in zunehmender Stückzahl verfügbare, Kernwaffen mitführende Backfire-Bomber hätten eine Sowjetüberlegenheit bei den «Theatre Weapons» gebracht.

Wohl erscheint der weltweite Abbau der Nuklearwaffen nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Geschichtliche Parallelen jedoch zeigen, dass Verhandlungen mit aggressiven Opponenten nur dann zu tragbaren Resultaten führen, wenn diese Verhandlungen aus einer Position der Stärke oder zumindest eines Stärkegleichgewichtes heraus geführt werden können. Schon aus diesen Gründen wäre es sinnlos, den britischen Beitrag zur westlichen Kampfkraft herabmindern zu wollen, wo doch die allgemeine Weltlage sich in einem Zustand höchst fragwürdiger Sicherheit befindet.

Die möglichen Absichten der Sowiets sind mit mindestens der gleichen Waage zu wägen wie die militärischen Möglichkeiten dieses Staates. Weder das eine noch das andere kann hier mit Sicherheit beurteilt werden, noch ist eine Abschätzung jenes Preises zu finden, den die Sowjetmachthaber zu zahlen bereit sind, um ihre Ziele zu erreichen. Allerdings liegen zahlreiche Äusserungen prominenter sowjetischer Politiker vor, wonach der Weltkommunismus das unabdingbare, angestrebte Ziel ist. Die sowjetische Machtausbreitung war seit dem Zweiten Weltkrieg konstant, und sie wurde aggressiv geführt. In einer Zeit, in welcher der Westen eine strategische Position nach der andern preisgab und politisch wie militärisch zunehmend schwächer wurde, baute die Sowjetunion ihren politischen Einflussbereich und die Anzahl der militärischen Stützpunkte weltweit aus. Ohne grosse Erklärungen und unter beliebigem Vorwand wurden «befreundete» Nationen besetzt; der kubanischen «Akolythen»

bediente man sich, um zum Beispiel in Angola und Abessinien prosowjetische Regierungen einzusetzen.

Die Ideologie des Sowjetkommunismus kennt in der Ausübung ihrer Machtbestrebungen keine moralischen Schranken; vertreten wird der Grundsatz, dass das Endresultat die Mittel rechtfertigt. Allein diese Überlegungen müssten klarlegen, dass die sowjetischen Machthaber nicht vor der Anwendung von Nuklearwaffen haltmachen würden, sollte sich auf diese Weise das erstrebte Ziel erreichen lassen.

#### 6 Gleichgewicht des Schreckens

Wie dies der britische Aussenminister Lord Carrington tat, ist die Ansicht sicherlich berechtigt, dass allein die Furcht vor einem atomaren Gegenschlag und der Schrecken eines Atomkrieges an der Wurzel jenes gebrechlichen Friedens sitzen, wie er während der vergangenen 35 Jahre mühsam erhalten werden konnte. Leichtsinnig wäre es unter diesen Umständen, die militärische Stärke der Nato auf irgendeine Weise zu reduzieren, und sei es auch nur durch den Verzicht auf den von Grossbritannien bisher erbrachten Beitrag.

Es darf auch argumentiert werden, dass Grossbritannien dank der Präsenz strategischer Kernwaffen zu einer Art von «Nuklearkriegsinsel» gestempelt wird. Bei einem Angriff gegen Grossbritannien würde wohl jeder Gegner – also auch die Sowjetunion – vor dem Einsatz seiner Atomwaffen zurückstehen, eben aus Furcht vor einem möglichen Gegenschlag. Die materielle Überlegenheit der Sowjetunion könnte hier kaum zum Zuge gebracht werden.

Eine wachsende Anzahl von Staaten ist heute in der Lage, eigene Atomwaffen herzustellen: weitere Staaten dürften in absehbarer Zeit dem Kreise der sogenannten Atommächte angehören. Eine Preisgabe des bisherigen Nuklearwaffenpotentials durch Grossbritannien wäre auch aus diesem Grunde widersinnig. Ob ein Verzicht Grossbritanniens auf seine eigene nukleare Abschreckungsmacht die Sache der «Nichtweiterverbreitung atomarer Kampfmittel» günstig oder ungünstig beeinflussen würde, bleibt dahingestellt.

Letztlich spielt hier auch eine moralische Überlegung mit, wonach es weder fair noch zumutbar wäre, die USA den gesamten Kostenaufwand sowie die Verantwortung über die nuklearen Abschreckungsverbände der Nato allein tragen zu lassen. Grossbritannien, das seit dem Zweiten Weltkrieg zu den Atommächten zählt, sollte auch jetzt seine Rolle fortsetzen und einen Teil der materiellen Belastungen auf sich nehmen. Die oben genannten Argumente dürften in einem Land, das den Begriff des Fair play allezeit hochhielt, nach wie vor ihr Gewicht besitzen.

## 7 Gegen nukleare Kampfverbände

Die Argumente, welche gegen das Beibehalten nuklearer Kampfverbände in Grossbritannien ins Feld geführt werden, sind zweifacher Art: Einmal werden moralische Gesichtspunkte aufgeführt, und als zweiter Punkt stehen praktisch-materielle Werte zur Diskussion.

Eine starke Gruppe von Idealisten, seinerzeit durch den inzwischen verstorbenen Bertrand Russell angeführt, vertritt die unerschütterliche Überzeugung, dass es völlig verwerflich und moralisch untragbar sei, Nuklearwaffen als Massenvernichtungsmittel zu besitzen oder diese gar zur Anwendung zu bringen. Diese Gruppe verlangt, dass Grossbritannien durch die Preisgabe dieser Waffen die Rolle eines moralischen Anführers aller A-Waffen-Gegner werden soll, wie immer der hiefür zu bezahlende Preis auch ausfallen möge. Die Ansicht dieser Gruppe wurde vom britischen Kirchenrat bereits als empfehlenswert in Betracht gezogen. Eine Abstimmung fiel mit drei gegen eine Stimme dahingehend aus, dass Grossbritannien seine Polaris-Flugkörper nicht ersetzen solle. Nach Ansicht dieser A-Waffen-Gegner würde ein solcher Entschluss das Land keinen neuen Bedrohungen aussetzen. noch würde dadurch die Einheit und Stärke der atlantischen Allianz untergraben.

Es wurde nicht angenommen, dass das Beispiel Grossbritanniens von irgendeinem anderen, über ein Nuklearpotential verfügenden Staat übernommen würde. Indessen rechnete man damit, dass ein überdachter Verzicht allenfalls einen fördernden Einfluss auf die sogenannte «Nicht-Proliferation» haben könnte, das heisst, es könnte gezeigt werden, dass die Spirale sowohl nach oben wie nach unten laufen könnte. Eine Stärkung jener Kreise könnte erwartet werden, so nahm man an, nach deren Ansicht jede Weiterverbreitung der Atomwaffen einer Bedrohung auf lange Sicht gleichkäme, und das auf weltweiter Ebene.

Heute verfügen etwa 30 Länder über das technische Wissen, um Nuklearwaffen irgendwelcher Art herzustellen. Nicht alle diese Staaten sind indessen als politisch ausreichend stabil zu bewerten, und nicht alle diese Staaten scheinen ausreichend zuverlässig, um ihre Kernwaffen gebührend zu verwalten, wie dies bei den Grossmächten immerhin der Fall ist. Einmal mehr muss hervorgehoben werden, dass die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen von grösster Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang ist die Ansicht des Weltsicherheitsrates bedeutsam, wonach Verzicht auf nukleare Abschreckungsmittel durch Grossbritannien nicht aus wirtschaftlichen oder rein politischen Überlegungen heraus erfolgen sollte, sondern es müsse die Überzeugung erkennbar sein, dass Nicht-Proliferation eben notwendig

Unter den Gegnern einer Nuklearrüstung stehen auch jene Kreise in vordersten Linien, welche die Konsequenzen eines Atomkrieges fürchten und die der Überzeugung sind, dass die Lagerung von Nuklearwaffen auf britischem Boden dazu führe, dass die Sowjetunion dieses Land im Konfliktfalle als ein Ziel erster Priorität betrachten würde. Nach Ansicht dieser A-Waffen-Gegner wäre das Nichtvorhandensein von Nuklearwaffen im britischen Arsenal ein Garant dafür, dass ein gegnerischer Angriff ausbleiben würde.

Diese Ansichten dürften von eher fragwürdigem Realismus sein, und ausserdem werden solche Überzeugungen auch von solch dubiosen Kreisen unterstützt, deren Ziel nicht ein Verschonen des Landes vor gegnerischen Überfällen ist, sondern die eine militärische Schwächung nicht nur Grossbritanniens, sondern der ganzen westlichen Welt anstreben. Zu diesen Kreisen sind Marxisten und Kommunisten und jene Mitläuferkreise zu zählen, deren Unterstützung von sowjetischer Seite offensichtlich ist.

Unter den überzeugten Gegnern einer Nuklearrüstung befinden sich auch kultivierte und einflussreiche Persönlichkeiten. Solche Kreise sind davon überzeugt, dass Grossbritannien aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen die Polaris-Fernwaffen nicht durch Trident ersetzen und künftig auf strategische Nuklearwaffen verzichten solle. Taktische A-Waffen hingegen könnten beibehalten werden.

Einer der gewichtigsten Befürworter der oben erwähnten Anschauung ist Feldmarschall Lord Carver, einer der hervorragendsten Offiziere Grossbritanniens. Er ist überzeugt, dass der Ausgang eines künftigen Konfliktes überhaupt nicht beeinflusst würde, ob Grossbritannien nun über strategische Kernwaffen als Abschreckungsmittel verfüge oder nicht.

Allerdings sind seinen Äusserungen weiter zu entnehmen, dass er, Carver, sich kein Szenario ausdenken könne, in dessen Rahmen die Sowjetunion die vitalen Interessen Grossbritanniens oder irgendeines Nato-Staates soweit gefährden könnte, dass Grossbritannien einseitig zum Einsatz von Kernwaffen bereit wäre. Auch glaubt er nicht ernsthaft, dass beispielsweise die USA aus irgendeinem Grunde die übrigen Nato-Staaten nicht mit ihren Nuklearwaffen unterstützen würde, sollte sich die Notwendigkeit hierzu ergeben. Denn sicherlich würden die europäischen Allianzpartner nicht ausschliesslich auf das britische oder französische Nuklearwaffenpotential bauen, um sich gegen einen Sowjetangriff zu schützen. Hier sind es unverändert die strategischen Nuklearwaffen der USA. die ausschlaggebend sind.

Des weitern führt Carver aus, dass wohl kein britisches Staatsoberhaupt aus eigenem Ermessen eine kriegerische Eskalation mit dem Einsatz vorerst taktischer und schliesslich strategischer Nuklearwaffen gegen die Sowjetunion unternehmen würde, ohne sich zumindest vorher mit den USA abgesprochen zu haben. Aus diesen Erwägungen heraus glaubt der Sprecher, dass Grossbritannien nicht notwendigerweise über eigene strategische Nuklearwaffen verfügen müsse. Hingegen befürwortet er das Beibehalten eines britischen Arsenals an taktischen A-Waffen.

Carver misst auch den geplanten Salt-III-Gesprächen grosse Bedeutung bei, Gespräche, die bekanntlich eine weltweite Reduktion der Nuklearwaffen zum Thema haben.

Air Vice Marshal Stewart Menaul, seinerzeit Generaldirektor des Roval United Services Institute for Defence Studies, ist ebenfalls gegen eine Beschaffung der Trident-Flugkörper, was bekanntlich Aufwendungen in Höhe von mehr als 5000 Millionen Pfund mit sich bringen würde. Basis seiner Opposition ist die Ansicht, dass sich eine solche Beschaffung für Grossbritannien in keiner Weise als kostenwirksam erweisen dürfte. Zudem ist seiner Ansicht nach jedes auf U-Booten als Waffenträger basierende System mit den zunehmenden Fortschritten auf dem Gebiet der U-Boot-Abwehrsysteme in vermehrtem Masse verwundbar. Hingegen befürwortet er ein gemeinsam mit Frankreich auszubauendes System von Nuklearkampfverbänden; diese Verbände würden immerhin über ein

begrenztes strategisches Potential verfügen können.

Weitere Gegner einer von Grossbritannien unabhängig geführten Politik auf dem Gebiet der strategischen Nuklearwaffen und des Weiterführens von nationalen, mit solchen Waffen ausgerüsteten Abschreckungsverbänden führen auf, dass solche Verbände in Tat und Wahrheit gar nicht unabhängig geführt und schon gar nicht ohne die Konsultation der Amerikaner zum Einsatz gebracht werden dürfen. Denn obwohl die britische Industrie zu einem beachtlichen Teil an der Fertigung ihrer Kernwaffen mitbeteiligt sei, so hänge ein solcher Einsatz letztlich doch von der Begutachtung durch den Präsidenten der USA ab. Auch wird von diesen Kreisen bezweifelt, ob das Vorhandensein einer nationalen strategischen Abschreckungswaffe den Briten bei ihren Verhandlungen im Nato-Rat oder bei ihren Gesprächen mit den USA zusätzliches Gewicht verleihe.

## 8 Für Beibehaltung nuklearer Streitkräfte

Befürworter der Trident-Beschaffung und konsequenterweise einer Beibehaltung einer strategischen Abschreckungskomponente im Rahmen des nationalen Rüstungsprogramms sind David Greenwood, Director of Military Studies an der Universität Aberdeen, sowie Ronald Petty, Herausgeber des Jahrbuches Jane's Weapons Systems. Beide vertreten die Überzeugung, dass die Umrüstung der strategischen Nuklearverbände auf das Waffensystem Trident und die damit verbundenen sehr hohen Aufwendungen an Geldmitteln sich innerhalb des Gesamtrüstungsprogrammes vertreten lassen. Eine dadurch bedingte Beschneidung der Beschaffungsprogramme an konventionellen Waffen und Schiffseinheiten für die Marine müsse nicht befürchtet werden. Zudem treten Entscheidungen auf dieser Ebene in den Kompetenzbereich der Stabschefs. Ihnen obliegt es bekanntlich, die zur Verfügung stehenden Geldmittel in zweckdienlicher Weise anzuwenden, namentlich auch, nachdem diese obersten militärischen Führer sich vehement gegen mögliche Wehrbudgetkürzungen für 1981/82 eingesetzt haben. Zum gegebenen Zeitpunkt jedenfalls vertreten die Stabschefs die Ansicht, dass die weitere Beibehaltung der «nationalen» strategischen Nuklearwaffen zu befürworten sei. Für den Fall eines weiter zunehmenden Finanzengpasses wird allerdings eingeräumt, dass eine neuerliche Überarbeitung dieses Rüstungsprogrammes notwendig werden könnte.

Hervorzuheben ist hier, dass der britische Verteidigungsminister im November 1980 anlässlich einer Tagung der Nato Nuclear Planning Group (Nato-Ausschuss für Kernwaffenfragen) das britische Verteidigungsprogramm darlegte und dabei unterstrich, dass die Ablösung der Polaris-U-Boote durch neue Einheiten mit Trident-Fernwaffen unverändert vorgesehen sei, ebenso die Stationierung von 160 mit Nukleargefechtsköpfen ausgerüsteten US-Marschflugkörpern auf britischem Hoheitsgebiet. Trotz der damit verbundenen sehr hohen Kosten werde der britische Beitrag an konventionellen Waffensystemen innerhalb der Nato keine Einbussen erfahren.

Im Rahmen der Tagung im vergangenen November wurden auch Bedenken über das unverändert wachsende militärische Potential der Sowjetunion geäussert. Tatsächlich stellten die Sowjets allein im vergangenen Jahr mehr als 3000 Panzer sowie über 260 ballistische Internkontinentalwaffen her. Kürzlich lief das erste, mit Atomantrieb und mit ballistischen Nuklearwaffen ausgerüstete U-Boot der Typhoon-Klasse von Stapel.

Die Boote dieser Klasse werden mit 20 Nuklearwaffen des Typs SS-N-18 bestückt sein, deren Reichweite auf rund 8000 km geschätzt wird. Zudem wird in der Sowjetunion monatlich ein atomgetriebenes U-Boot von kleinerer Kapazität fertiggestellt; erst unlängst konnte die erste Einheit eines Lenkwaffenkreuzers einer neuen Klasse seine Werft verlassen. Schliesslich soll des weiteren ein ebenfalls mit Nuklearantrieb ausgerüsteter 65 000-Tonnen-Flugzeugträger demnächst vollendet werden können.

Die Bedrohung des Westens ist in der Tat bedenklich. Nach Meinung zahlreicher westlicher Staatsmänner und Wehrexperten dürfte der Bedrohungsgrad Mitte der achtziger Jahre einen Höhepunkt erreichen. Es wird damit gerechnet, dass das militärische Potential der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt ein nie zuvor gekanntes Ausmass annehmen dürfte, dass aber gleichzeitig der missliche Versorgungsstand mit Konsumgütern die innenpolitischen Spannungen weiter anwachsen lässt und die allgemeine Unzufriedenheit einem Höhepunkt zustrebt. Das sowjetische Führungsgremium weist zunehmende Überalterung auf; jüngere Politiker werden nachzurücken haben, was zu weiteren internen Spannungen und Machtkämpfen führen könnte. Sehr oft schon führten solche Situationen dazu, dass scheinbar unlösbare innere Schwierigkeiten zu einem Abenteuer auf internationaler Ebene geführt haben.

Mit dem Jahre 1986 hingegen dürfte die weltweite Spannung rückläufig werden. Die heute diskutierten rüstungstechnischen Programme der Nato sollten bis zu diesem Zeitpunkt zu ihrer vollen Wirksamkeit gebracht worden sein, dies sowohl auf dem Sektor der konventionellen als auch der nuklearen Bewaffnung. Möglicherweise könnten auch weitere Salt-Gespräche zu einer Beruhigung der Lage beigetragen haben.

All diese vorgehenden Überlegungen lassen deutlich hervortreten, dass ein unilateraler Abbau des britischen Nuklearpotentials zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr fragwürdige Folgen nach sich ziehen könnte. Immerhin wäre ein neuerliches Überdenken des gesamten Fragenkomplexes zu befürworten, und wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt die wirtschaftliche Lage einen direkten Sprung zur Trident-Waffe in Frage stellt, so sollten doch die im Rahmen des sogenannten Chevaline-Programmes modernisierten Polaris-

Waffen nicht ausgemustert, sondern mindestens bis 1992 bei der Truppe belassen werden. Die Lebensdauer der Polaris-Boote scheint, nach heutigen Erkenntnissen, bis zu diesem Zeitpunkt reichen zu dürfen.

Nach diesem Datum allerdings würde die Lage neuerdings zu überprüfen sein; die US-Nuklearkräfte müssten dann wohl auch in das britische Wehrkonzept einbezogen werden. Damit freigestellte Geldmittel liessen sich dann zum weiteren Ausbau der konventionellen Bewaffnung einsetzen. Schnelleingreifverbände und Marineeinheiten zum Einsatz auch ausserhalb des strikten Nato-Befehlsbereiches könnten ausgebaut und für jene Gebiete bereitgestellt werden, in denen die Sowjetunion direkte britische Interessensphären zu stören versucht.

Wenn ein Verzicht auf nationale Nuklearverbände für Grossbritannien auch vom materiellen Gesichtspunkt her verlockend erscheinen mag, so lässt wohl die gegenwärtige, militärpolitisch äusserst angespannte Lage einen solchen Schritt kaum zu. Dies namentlich nicht, da Grossbritannien als Mitgliedstaat der Nato-Allianz seinen Verpflichtungen voll nachzukommen hat. Gegenüber der Nato würde sich Grossbritannien in eine unhaltbare Lage versetzen. Ein Austritt aus dieser Allianz wird von der konservativen Partei wohl kaum je auch nur in Erwägung gezogen.

Sollten die Regierungsgeschäfte inskünftig wieder in die Hände der Labour-Partei übergehen, so wäre auch dann ein totaler Abbau der nationalen Nuklearstreitkräfte kaum zu befürchten. Der Verzicht auf strategische und die Beibehaltung der taktischen Nuklearstreitkräfte auf nationaler Ebene wäre wohl ein gangbarer Kompromiss. Und unter den gegebenen Umständen scheint dies wohl letztlich der vernünftigste Weg, den auch jede künftige Regierung befürworten dürfte.

## Luftverteidigung

«Luftverteidigung in den 80er und 90er Jahren», das erste publizierte Werk in der Schriftenreihe ASMZ, ist ein Erfolg. Bereits wurden zwei Drittel der Auflage verkauft. Das Buch kann zum Preis von 18 Franken (exkl. Versandkosten) bezogen werden bei: Huber & Co., Presseverlag, 8500 Frauenfeld.

Aus den eingegangenen Besprechungen zitieren wir auszugsweise:

Neue Zürcher Zeitung: «Die im Heft publizierten Studienergebnisse bieten ein vorzügliches Mosaik von Informationen über alle wesentlichen Komponenten und Zusammenhänge der zukünftigen Bedrohung aus der Luft und der angemessenen Antworten im Zuge der weiteren Gestaltung der Fliegerabwehr bis zur Jahrhundertwende. Wer sich zu diesen Fragen ein vielseitig abgestütztes Urteil bieten will, sollte diese wertvolle interdisziplinäre Untersuchung zur Hand nehmen.»

Luftwaffenunterstützungskommando in Bonn: «Zur Pflichtlektüre empfohlen!»

Ein Luftwaffenoffizier aus der Bundesrepublik: «Das derzeit Beste, was an Publikationen über Luftverteidigung erhältlich ist und auch für die nächsten Jahre Bestand hat.»

Revue militaire Suisse: «Il s'agit d'une étude fort complète et abondamment illustrée.»

Bund: «Es ist deshalb nötig, sich im-

mer wieder mit den neuen Möglichkeiten auseinanderzusetzen und – darauf aufbauend – zu prüfen, wie eine effiziente Verteidigung zu konzipieren ist. Einen Beitrag dazu leistet die Schrift «Luftverteidigung».

Thurgauer Zeitung: «Diese, in einem vierbändigen Werk zusammengefassten Untersuchen waren bislang nur einem kleinen Personenkreis zugänglich.»

Wehrausbildung in Wort und Bild (BRD): «Das Buch setzt sich sehr gründlich mit der Luftbedrohung, dem Einsatz künftiger Luftkriegsmittel und den Möglichkeiten der Flieger- und Hubschrauberabwehr auseinander und leistet einen aktuellen Beitrag zur Lösung einer effizienten Luftverteidigung.»

Tages-Anzeiger: «Den Autorenteams ist es gelungen, einen wesentlichen Aspekt der Bedrohung herauszuschälen, der bei uns zum Teil vernachlässigt worden ist: die Elektronische Kriegführung... Von bedeutender Aussagekraft sind die Kapitel Helikopterbedrohung und -abwehr. Es steht ausser Zweifel, dass in den letzten Jahren der Helikopter als Luftkampfmittel sprunghaft an Bedeutung zugenommen hat.»

Truppendienst 4/81 (Wien): «Die mit wissenschaftlicher Gründlichkeit durchgeführte Untersuchung geht von einer taktisch-technischen Prognose der Luftbedrohung für die Jahre 1990 bis 2010 aus und zeigt in einer klaren Beurteilung die Auswirkungen auf die einzelnen Elemente der Luftraumverteidigung.»

## Bestellschein

Ich bestelle	Exemplare «	Luftverteidigung	in de	en 80er	und	90er	Jah
ren» zum Preis von	sFr. 18 (exk	d. Versandkosten	).				

N	Jame	/Vorname	
1	vallic/	VOITIAILLE	

Strasse

Postfach

PLZ/Ort

Unterschrift